

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6488
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. - Postzeitungsliste Nr. 3161

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 27 500 Exemplaren.

Inhalt.

Rom internationalen Bergarbeiterkongress. — Eine sozialpolitische Diskussion im Dresdener Stadtparlament. — Zur Lage der Chemnitzer Gasarbeiter. — Schwarze Ehrlichkeit. — Hannoverischer Städte- tag. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Stadtparlamenten. — Verbandsteil. — Anzeigen.

Vom internationalen Bergarbeiterkongress.*)

Von Otto Hue.

Die Beschlüsse des vom 5.—8. Juni in London abgehaltenen 17. internationalen Bergarbeiterkongresses sind in der Hauptsache nur Bestätigungen und Wiederholungen früherer Kongressbeschlüsse. Fast immer einstimmig oder nur gegen eine geringe Minorität sprachen sich die 119 Delegierten in Vertretung von über 1 000 000 Bergarbeitern aus für die gesetzliche Verankerung der Bergarbeits- schein auf acht Stunden mit Ein- und Ausfahrt, Verbot der Frauenarbeit in der Bergwerksindustrie, gänzliches Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 11 Jahren, der unterirdischen Tätigkeit von jugendlichen Arbeitern zur Vollendung des 16. Lebens- jahres, Einführung von Arbeiterkontrolluren zwecks Verhinderung der Stubenkontrolle, Festlegung eines auskömmlichen Minimal- lohnes durch Tarifverträge, gesetzliche Garantie einer auskömm- lichen Pension für arbeitsunfähig gewordene Bergleute bzw. ihre Hinterbliebenen, Verstaatlichung der Kohlengruben. Ein anderer Teil der vorliegenden Anträge, die sich auf den Ausbau der inter- nationalen Bergarbeiterkohlenrat und internationalen Streitfragen bezogen, wurden kein Raum auf dem internationalen Berg- arbeiterkongress in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt.

Wer sich der ersten internationalen Bergarbeiterkongresse er- innert, oder sie wohl gar mitgemacht hat, weiß, wie oft es da über Geschäftsordnungsfragen zu stürmischen Szenen gekommen ist und wie innerhalb der englischen Delegationen das Verständnis für die Notwendigkeit auch der aktiven politisch-parlamentarischen Ar- beitervertretung nur sehr schwach entwickelt war. J. W. Lehtu auf den ersten Kongressen die Engländermajorität auch ab, über die Sozialisierung der Gruben zu verhandeln; das sei keine gewerk- schaftliche Angelegenheit. In den letzten Jahren trat der alte Trade Unionismus aber immer schwächer auf; insbesondere die Schweden erklärten jetzt stets nachdrücklich, die Berggewerkschafterei führe nicht zum Ziel, auch die politisch-parlamentarische Pro- paganda müsse gepflegt werden. Auf dem diesjährigen Kongress feierte der alte Bergarbeiterparlamentarier Edwards in seiner Eröffnungsrede den großen Erfolg der englischen Arbeiterpartei bei den letzten Parlamentswahlen. Edwards, der Präsident der großen englischen Miners Federation ist, bezeichnete die gewerk- schaftliche und politische Aktion als gleichwertig und gleich not- wendig; er deklarierte den internationalen Kongress auch als eine Demonstration gegen den Militarismus und fand stürmischen Beifall im ganzen Kongress. Hierin dokumentierte sich der große Fortschritt, den die in Festland noch vielfach als Berggewerk- schaftler vertriebenen englischen Trade Unionisten in der Richtung zur Erkenntnis ihrer Massenlage gemacht haben. Und daß diese

Grundgebung in London, in unmittelbarer Nähe des Parlaments erfolgte, darin erblickt ich ein bedeutsames Moment. Die englische Minderheit (Durham und Northumberland) gegen die An- scheinungen Edwards trat fast gar nicht hervor, verhielt sich sehr passiv, was ebenfalls auf einen Umschlag in der Stimmung der englischen Bergleute schließen läßt.

Der deutsche Antrag, den Kongress nur alle zwei Jahre lagen zu lassen, wurde zwar vorzüglich nach seiner Bekämpfung durch die Franzosen und Belgier abgelehnt. Indessen, da die Gegner dieses Antrages in ihm eine Störung der internationalen Bergarbeiter- beziehungen erblickten, ist auch diese Ablehnung im Grunde genommen nur eine Solidaritätserklärung und deswegen nicht ärger- lich. Ja, ich darf sagen, die deutsche Delegation ist noch von keinem Kongress so befriedigt heimgekehrt, wie von diesem. Es herrschte auf ihm eine erhebende Harmonie, alles wurde vermieden, was Bitter- keit hinterlassen konnte. Amerikaner, Belgier, Deutsche, Engländer, Österreicher und Franzosen wetteiferten in dem Bemühen, sich entgegen zu kommen, die sprachlichen Schwierigkeiten durch Auf- erablassung mander geschäftsordnungsmäßigen Formalitäten zu verkleinern. Was das bedeutet, weiß jeder Teilnehmer an einem internationalen Kongress zu würdigen.

Und doch sah es anfangs aus, als ob gerade dieser Kongress unruhig verlaufen würde. Unerwartet von uns allen erschien auch eine Delegation des christlichen Gewerkevereins der Bergleute Deutschlands! Wenige Tage vorher hatte sie sich beim Generalsekretär Ashton telegraphisch angemeldet. Nach dem Kongress- gebäude war die Anmeldung zu spät erfolgt, die Delegation konnte aus formellen Gründen abgelehnt werden. Hätten die 12 den deutschen Bergarbeiterverband vertretenden Mitglieder für die Nichtzulassung der drei Gewerkevereinsdelegierten votiert, so würde sich der Kongress dem angeschlossen haben. Aber warum sie nicht zulassen? Formelle Gründe können für uns bei solchen Entscheidungen nicht maßgebend sein. Tatsächliche Erwägungen liegen es sehr wünschenswert erscheinen, die christliche Delegation nicht abzuweisen.

Schon im Jahre 1897 hat der damalige Generalsekretär Picard auf unsere Veranlassung auch den christlichen Gewerkeverein zum Kongress eingeladen. Offenlich hat damals das Gewerk- vereinsorgan die Einladung höhnisch zurückgewiesen. Aber die Verhältnisse lagen ganz kurios. Der Gewerkevereinsvorstand und sein „Chrenrat“ hatten damals — wovon sie öffentlich nichts ver- lautbaren — zwei Delegierte zum internationalen Kongress ge- wählt! Es waren die beiden Vereinsvorstehenden Brunt und Wabl. Als es sich darum handelte, welche Stellung die Gewerkevereins- delegierten zu den einzelnen Anträgen, speziell zu den Delegierten des Verbandes einnehmen sollten, sagte die Richtung, die der Gewerkevereinsdelegation eine mehr protestierende Haltung zuweisen wollte, und schließlich wurde aus der Delegation nichts. Statt der eigentlich schon gewählten Delegation erschienen Artikel in der Gewerkevereinspresse, die den internationalen Kongress als eine „unzulässige“, „geldverzehrende“, „sozialdemokratische“ Veranstaltung angriffen und die Kongressdelegierten verboteten.

Angeht es uns über acht Jahre vergangen, die Vertretung des altenglischen Gewerkschaftertums auf den internationalen Bergarbeiterkongressen ist völlig in den Hintergrund getreten, während früher englischerseits gegen die sozialistischen Argumentationen auf dem Kongress protestiert wurde (1894 in Berlin, 1896 in Aachen), sind schon seit 1900 Paris die Engländer immer häufiger mit der Betonung sozialistischer Grundzüge hervorgetreten. Nachdem diese Entwicklung vollzogen, erscheinen Vertreter einer deutschen christlich-nationalen Bergarbeiterorganisation auf dem 17. internationalen Bergarbeiterkongress und erlauben uns zu- zulassung. Im Spieder Effekt erklärte ausdrücklich im Laufe der Verhandlungen, die Gewerkevereinsdelegation werde im Sinne der

*) Aus der „Neuen Gesellschaft“. Mit Erlaubnis der Redaktion der „N. G.“ für unsere Leser abgedruckt.

internationalen Monarchbeschlüsse handeln. Für die amwesenden Mitglieder des Vergarbeiterverbandes lag kein stichtätiger Grund vor, gegen die Gewerkeinsdelegation zu stimmen. Es ist Sache der Gewerkeinsführung, den Monarchbeschlüssen mit zur Durchführung zu verhelfen. Sollte sich im laufenden Jahre zeigen, daß die Gewerkeinsleitung die Monarchbeschlüsse nur platonisch aufsaß, dann wird die Verbandsdelegation auf dem nächsten Monarch die Nichtzulassung einer Gewerkeinsdelegation beantragen. Diese Entscheidung würde unvoreingenommen und hierauf erfolgte die Zulassung der Gewerkeinsvertretung.

Sie bot sich auch in keiner Weise als Oppositionsgruppe gezeit, sondern aktiv und passiv mitgewirkt. Einer von französisch-belasteter Seite beantragten Sympathieerklärung für die russische revolutionäre Bewegung setzte die Gewerkeinsvertretung keinen Widerstand entgegen. Ohne Opposition zu finden, kommitierte der Präsident, die Sympathieerklärung sei einstimmig angenommen worden. Als die Rothumberländer und Turbamer sich gegen die politische Beschränkung der Schlichter aussprachen, erklärte Effert ausdrücklich, die Gewerkeinsdelegation würde für den Antrag des Deutschen Vergarbeiterverbandes stimmen. Bei einer anderen Gelegenheit gab der Gewerkeinsdelegierte ebenfalls die Erklärung ab, sie seien vollkommen mit dem einverstanden, was der Verfasser dieses Artikels über die Notwendigkeit und praktische Durchführbarkeit internationaler Arbeitersolidarität ausgesprochen habe. Die Gewerkeinsdelegierten stimmten für sämtliche von den Verbandsdelegierten gestellten Anträge.

Von den Amerikanern wurde angeregt, eine internationale Heberweihungsfahrt für die zwischen den nationalen Organisations wechsellenden Mitglieder auszugeben. Das Gewerkeinskomitee verdrückte diese Anregung zu dem Antrag, solche Heberweihungsfahrten dürfen nur diejenigen Gruppen ausstellen, die mindestens zwei Jahre auf dem internationalen Monarch vertreten seien. Hiergegen wendete Effert ein, der Antrag gebe dem Gewerkeins, der dieses Jahr zum erstenmal auf dem Monarch vertreten sei, nicht das Recht, internationale Heberweihungsfahrten auszuführen. Der Gewerkeins sei gewillt, die internationale Solidariät zu pflegen, die Beschlüsse des internationalen Monarches mit durchzuführen zu helfen und hoffe deshalb auf volle Gleichberechtigung. Hierzu bemerkt Sachse, der amerikanische Antrag enthalte keine Ungerechtigkeiten gegen die auf diesem Monarch vertretenen Gruppen. Er verlange von allen eine zureichende Strenge für die Erreichung der gebotenen Vorteile. Man müsse sich durch alle Organisationen, auch der Gewerkeins, ihren Mitgliedern vor zur Erzielung einer ständigen Mitarbeiterschaft. Dazu könne niemand eine Zurücksetzung erlauben. Effert sah dann noch die Verbindung ab, er und seine Freunde seien Gegner der „gelben Gewerkschaften“, die eine „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit durch organisierten Streikbruch herbeiführen wollen. Der amerikanische Antrag wurde einstimmig angenommen.

Eine Episode verdient mit Rücksicht auf deutsche Verhältnisse besonders erwähnt zu werden. Die Delegation beantragte, der Monarch möge sich für die Verstaatlichung der Gruben aussprechen. Hiergegen wendete sich die Gewerkeinsdelegation, aber ihre Begründung ist außerordentlich charakteristisch. Sie lautete: „In Deutschland sei der Staat als Arbeitgeber schlechter als die Privatunternehmer! Dieses Argument ist uns nicht unbekannt. Wir hören es immer wieder bei uns meistens von solchen Parteigenossen, die sich zur „radikalen Richtung“ rechnen! In der Erklärung der Gewerkeinsdelegation auf dem internationalen Monarch liegt das denkbar ideale Vertrauen gegen die kapitalistische Grubenverwaltung. Nach der Rede Teilbruds im Deutschen und den Vorgängen in Saarabien ist die Stellung der Gewerkeinsdelegation sehr wohl begründet, d. h. wenn man die Verstaatlichungsfrage in erster Linie als eine Arbeiterfrage ansieht, was sie nicht ist. Was die Gewerkeinsdelegation in London erklärte, vertritt sich aber nicht mit dem, was in der „Mehrwert Volkzeitung“ der Verstaatlichung des deutschen Gewerkeins für Saarabien veröffentlicht. Hier wird die kapitalistische Verwaltung förmlich erstickt, durch ihre Feinde die Gewerkeinsverbände. Innen überwunden zu lassen, damit sich die Grubenverwaltung überzeuge, daß in den Gewerkeinsversammlungen eine „Lohnfrage“, kein Vertrauen gegen die kapitalistische Verwaltung genogene Gewährung gestellt wurde. Logisch stimmen in London die Gewerkeinsdelegierten gegen die allgemeine Grubenverwaltung und mittlerweile dies mit einer Vertrauensklärung gegen den Staat als Arbeitgeber!

Von historischem Interesse ist folgende Reminiszenz: Auf dem 1901 in Berlin abgehaltenen internationalen Vergarbeiterkongress führte den deutschen Verstaatlichungsantrag zu einer kommissarischen Arbeitsdelegation (Verstaatlichung), trat für den Verstaatlichungsantrag ein unter Vorsitz auf den sozialdemokratischen Parteimitglied: Reichsbildung, eine. Die sozialdemokratischen Vertreter wendete auch der Vertreter einer deutschen „christlichen Arbeiterorganisation“ bei er protestierte lebhaft förmlich gegen die sozialdemokratische Annahme des Verstaatlichungsantrags. Und nun kommt die partei-kommunistischen Parteimitglied: Reichsbildung, eine. Die sozialdemokratischen Parteimitglied: Reichsbildung, eine. Die sozialdemokratischen Parteimitglied: Reichsbildung, eine.

einer „Proletenbewegung“, deren Frucht die Gründung des christlichen Gewerkeins der Vergleute war! Seine vorbereitende Versammlung August 1891 in Essen war ganz beherrscht von den Radikalen, die in der auf dem Berliner internationalen Vergarbeiterkongress betriebenen Verstaatlichungspropaganda eine Demonstration gegen die „Lohnfrage“, „Lohnfrage“ (Nennung der christlich gesinnten Vergleute zu erbliden suchten. Der Gewerkeins christlicher Vergleute wurde darum als unmittelbarer Protest gegen den sozialdemokratischen internationalen Monarch bzw. den „sozialdemokratischen Verband“ gegründet.

Wie sich - zum Glück! - die Zeiten ändern! 12 Jahre später erschienen Delegierte desselben Gewerkeins auf dem internationalen sozialdemokratischen Monarch. Wieder wird der Verstaatlichungsantrag gestellt und von seinen Freunden mit prägnanter sozialistischer Argumentation verteidigt. Die christlichen Delegierten protestieren aber nicht gegen die ihnen jedenfalls sehr erhellenden sozialistischen Argumente, sondern stimmen gegen den Verstaatlichungsantrag nur mit der Bemerkung, sie hätten kein Vertrauen zu dem Staat als Arbeitgeber! Das ist ein ganz außerordentliches Ereignis in der Vergarbeiterbewegung. Es bleibt abzuwarten, welche Monarchierung der christliche Gewerkeins aus der Haltung seiner Vertretung in London ziehen wird. Jedenfalls ist hier wieder bewiesen worden, daß es viel wichtiger ist, den Vertretern anderer Organisationsgruppen Gelegenheit zu geben, sich inmitten ihrer Massengenossen zu den aktuellen Arbeiterfragen zu äußern, als in dogmatischer Manier mit Ausschlußanträgen aufzutreten, wodurch jenen der Anlaß gegeben wird, sich als die „Revolutionären“ der Öffentlichkeit vorzustellen. Die Gewerkeinsdelegation hat ausnahmslos unseren Anträgen zugestimmt, mit derselben Einschränkung, die wir gegenüber einigen unpraktischen belästigendsten Anträgen machten, stimmte die Gewerkeinsdelegation auch für diese. Praktisch hat es also nur eine deutsche Delegation in London gegeben und deshalb kann man die Frage einiger englischen Vergarbeiterdelegierten, warum die beiden deutschen Gruppen getrennt seien, wohl verstehen. Ich habe die Heberweihung, auch das „getrennte Gehen“ in eine vorübergehende Erscheinung, die kapitalistische Entwicklung wird noch alle Hindernisse hinwegspülen.

Es war der interessanteste Vergarbeiterkongress, der in der Vorkriegszeit vor den Toren des deutschen Reichstages lagte. Würdig in seinem Verlauf, bedeutsam wegen seiner Zusammenfassung und seiner Beschlüsse. Hebers Jahr, in Salzburg, werden wir vernehmen, welche Folgen er für die deutsche Vergarbeiterbewegung gezeitigt hat.

Wolgow, im Juni 1906.

Eine sozialpolitische Diskussion im Dresdener Stadtparlament.

Welche Bedeutung die Vorgänge in den Stadtparlamenten für uns Gemeindeglieder haben, zeigt uns wieder einmal die Sitzung des Dresdener Stadtverordneten am 17. Mai d. J. Dresden ist bekanntlich die Stadt der Mittelstandspolitik. Daß und weil Mittelstandsretterei auf alle Fälle betrieben werden soll, so zeigen die Verhandlungen auf dem Rathaus nicht selten ein ausgeprägtes reaktionäres Gepräge und erinnern oft lebhaft an das christliche Schicksal. In hohem Maße ist man daher in Dresden auf Arbeiterfragen „eingeschnitten“. Dresden mit seiner Philisterrückständigkeit zeigt ferner, zu welcher unheimlichen Zwischenfällen es kommen kann, wenn die Rathausmehrheit in sozialpolitischer Beziehung durchaus rückständig ist. Demgegenüber ist die bessere Einsicht, die sich zuweilen in den oberen Kreisen der Stadtverwaltung zu regen scheint, vollständig ohnmächtig. Eine Mahnung mehr für unsere Dresdener Kollegen-schaft, die kommunalpolitische Aktion nie aus den Augen zu verlieren. Die letzte sozialpolitische Diskussion nahm ihren Ausgang von folgendem Schreiben:

Dresden, 14. Mai 1906.

An das Stadtverordneten Kollegium, hier.
Eine am 11. Mai d. J. abgehaltene Versammlung städtischer Tiefbauarbeiter und Straßenkehrer beantragte die unterzeichnete Verwaltung, dem geehrten Kollegium folgendes zur Meinungsäußerung zu bringen:

Der Herr Stadtverordnete Müller sagte in der Sitzung des Kollegiums, die Löhne der Tiefbauarbeiter schwanken zwischen 800 und 900 Mk. Der Herr Stadtverordnete Ueberricht sagte erwiderte darauf, der Durchschnittslohn betrage 1100 bis 1200 Mk. Die Arbeiter selbst gestanden sich zu bemerken, daß die Angaben des Herrn Stadtverordneten Müller eher den wirklichen Verhältnissen entsprechen. Wenn höhere Löhne erzielt werden, so nur von wenigen und gekümmerten Arbeitern.

Die übrige Zahl der ungelerneten Arbeiter verdient nicht mehr als eben 800 bis 900 Mk.
In der Versammlung ist weiter festgestellt, die Löhne der Tiefbauarbeiter entsprechen in vielen Fällen nicht dem Tageslohn.

Die Angabe des Stadtverordneten Krüger, beim Bau der verlängerten Holbeinstraße wären bei 10 bis 12 ständigen Arbeitern 3 Poliere beschäftigt gewesen, ist falsch. Hinzuzufügen ist noch, daß auch beim Bau einer neuen Straße, parallel der Comeniusstraße, im Winter d. J. bei nur einigen Arbeitern 2 Poliere beschäftigt waren. In beiden Fällen nicht nur einige Tage, sondern längere Zeit. Ebenso ist noch festzustellen, daß auch beim Steine abtragen im Winter (Mordarbeit) bei 14 bis 18 Arbeitern ein Polier und auch ein Aufseher beschäftigt gewesen ist.

Der Herr Stadtbaurat Oberbaurat Mette führte dann aus, daß die Arbeiter trotz erhöhter Löhne und verminderter Arbeitszeit keine besseren Leistungen erbracht hätten. Vielen indirekten Vorwurf, nicht fleißig zu sein, weisen die Versammelten energisch zurück. Vielmehr bemerken sie, daß von den Aufsichtsführenden und Beamten ganz bedeutend höhere Leistungen verlangt werden.

Der Herr Stadtbaurat Oberbaurat Mette konstatierte dann noch ausdrücklich, nur sieben Straßenkehrer erhielten 3,20 RM Tagelohn. Demgegenüber konstatierte die Versammlung, daß gegenwärtig auf drei Straßenreinigungsdépôts 22 mehrerer vorhanden sind, die ebenfalls nur 3,20 RM Tagelohn erhalten. Die Versammlung behandelte das größte Interesse, diesen Widerspruch aufzuklären zu sehen.

In dem wir vorkiehendes hiermit dem geehrten Stadtverordnetenkollegium zur Kenntnis bringen, sehen wir einer geeigneten Bezeichnung entgegen und zeichnen mit vorzüglicher Hochachtung

Die Ortsverwaltung Dresden des Gewerkschaftsverbandes

J. M.: Meinhold Freifler, Rigenbergstraße 2.

In Zelle des ekrankten Oberbaurats Mette antwortete der Bürgermeister Leopold, daß die Behauptung Mettes betr. des Verdienstes von 1100-1200 RM aufrecht gehalten werden müsse. Der Herr Bürgermeister kam indessen auf Grund seines sehr ausführlichen Jahressummariums, das er vortrug, selbst zu dem Resultat, daß die Tiefbauarbeiter circa 100 RM weniger verdienen, als von Herrn Oberbaurat Mette angegeben. Sehr interessant ist zu sehen, wie da auf dem Rathaus die Lohnziffern bearbeitet werden. Herr Leopold sagte: Wenn man die Aufstellungen vergleicht, die alljährlich vom Steueramt gefordert werden, um an der Hand dieser Unterlagen die Steuern für die Tiefbauarbeiter auswerfen zu können, so sieht in Bezug auf die gewöhnlichen Tiefbauarbeiter, also ausschließlich der gelehrten Arbeiter, wie Steinseger, Maurer, Granitarbeiter, Zimmerleute, Zerkleinerer, Aufsichtspersonen usw. soviel fest, daß im Jahre 1905 an 25.177 Arbeitstagen 984.432,73 RM. — ich kann Ihnen sogar die Feinnige nicht erwähnen, so genau ist es berechnet worden — einschließlich der jährlichen Lohnzulagen an zusammen 600 RM. von den ungelerten Tiefbauarbeitern verdient worden sind. Das sind durchschnittlich pro Tag 3,67 RM. Also angenommen, daß ein Arbeiter alle Werkzeuge gearbeitet hätte, also ungefähr 300 Tage, so würde er auf die Summe von über 1100 RM. im Jahre gekommen sein.

Bezüglich der großen Anzahl der Poliere im Verhältnis zu den Arbeitern bemerkte der Herr Bürgermeister, daß hier Ueberrückungen oder in einem Falle eine Zufälligkeit vorliege. Die Poliere würden auch mit regulären Arbeiten beschäftigt, wie Material zuteilen oder abnehmen, Steine messen usw. Was nun die 7 Straßenkehrer des Herrn Mette anbetrifft, so sei diese Ziffer dem vorjährigen Etat entnommen und auf das Aussehen und die Neueinstellungen sei dies veränderte Verhältnis zurückzuführen. Der Bürgermeister zeigte dann die Lage der Matsarbeiter im ruhigen Jahre:

Die Straßenkehrer verdienen entsprechend den seit dem 1. Januar 1905 gültigen Stundenlohntafeln von 32 Pf., 33 Pf., 34 Pf. und 35 Pf. bei Annahme von 365 Arbeitstagen à 10 Stunden jährlich 1168 RM., 1204,50 RM., 1241 RM. und 1277,50 RM. Die Lohnsätze sind bekanntlich erhöht worden, und zwar für die Tiefbauarbeiter vom 23. April 1905 ab von 32, 33, 34, 35, 36 und 37 Pf. auf 35, 36, 37, 38, 39 und 40 Pf. und für die Straßenkehrer vom 1. Januar 1905 ab von 28, 29, 30, 31 und 32 Pf. auf 32, 33, 34 und 35 Pf.

Erblickt besser ist selbstverständlich das Einkommen gelehrter Arbeiter. Nach dieser Zusammenstellung haben gelehrte Arbeiter im Jahre 1905 bei nur elfmonatiger Beschäftigung bis über 2000 RM. verdient und zwar: Steinseger bis zu 2615 RM., Hammer bis zu 2415 RM., Granitarbeiter bis zu 2136 RM., Maurer bei 302 Arbeitstagen bis zu 2027 RM.

Meine Herren! Das Verhalten der Tiefbauverwaltung, des Rates überhaupt, ist selbstverständlich darauf gerichtet, den beim Tiefbauamt beschäftigten Arbeitern möglichst während des ganzen Jahres Arbeit zuzuteilen. Es ist das eine außerordentlich schwere zu erfüllende Aufgabe, weil auf der einen Seite sehr oft das Wetter einen Strich durch die Rechnung macht und weil mitunter die entsprechenden Bewilligungen noch nicht zur Verfügung stehen beziehungsweise noch nicht haben zur Verfügung stehen können.

In früheren Jahren vor ungefähr 20 Jahren sah man darin, daß die Arbeiter während des Winters beim Tiefbauamt entlassen wurden, d. h. hinaus in den Anstalt zu Weidwerden. Es verstand sich ganz von selber, daß man während des Winters die Arbeiten nicht fortsetzte; es war damals die Meinung verbreitet, daß Winterarbeit

überhaupt nicht viel lauge. Im Interesse der Arbeiter ist dieses System ich erinnere mich noch, es war ungefähr in den Jahren 1886 oder 1887, wo ich in dieser Richtung als damaliger Stadtbauratsvorstand eingegriffen hatte, dahin geändert worden, daß man die Tiefbauarbeiten auch möglichst während des Winters fortsetzte, und zwar in der Weise, daß man hauptsächlich Zementarbeiten ausführt oder daß man die Mannschaften in den Kanälen, bei der Reinigung und weiter auf den Bauhöfen beschäftigt. Insbesondere die Granitarbeiter, sowie die bei den Dampfmaschinen und bei den Straßenwalzen beschäftigten Arbeiter fanden und finden jetzt entsprechende Arbeit auf den Bauhöfen und bei sonstigen Aufbauten und Reparaturarbeiten.

Ich glaube, meine Herren, an dem Wohlwollen des Rates den Arbeitern gegenüber und an seinem Bestreben, ihnen möglichst während des ganzen Winters Arbeit zu verschaffen und ihnen sodann im Laufe des Jahres einen möglichst hohen Arbeitslohn zuzuführen, darf man nicht zweifeln.

Der Stadtverordnete H. Li g hob hervor, daß infolge Ausbleibens (bei Saisonarbeit) von sehr vielen Arbeitern kein Jahresarbeitsverdienst von 1000-1100 RM. erzielt werden konnte. Und außerdem sei, selbst wenn dieser Betrag erreicht werde, er doch so niedrig, daß davon keine Familie leben könne.

Der Stadtverordnete Krüger führte aus:

Nach der Sitzung, in der diese Angelegenheit bezüglich der Tiefbauarbeiter zur Sprache kam, hat man sich bemüht gefühlt, aus den Ausführungen des Herrn Oberbaurates Mette hervorzuleiten, daß man meine Ausführungen vollständig überlegt habe. Es geht aber aus diesem Versammlungsprotokoll und aus der Eingabe der Tiefbauarbeiter hervor, daß das nicht der Fall ist. Vielmehr will ich auch, daß ich in der Versammlung zugegen war. Es sind mir dort zwei amtliche, von Seiten des Tiefbauamtes ausgestellte Vordruckungen vorgelesen worden, die zum Zweck der Steuererschätzung aufgestellt sind, wonach die betreffenden beiden Tiefbauarbeiter 50 bis 60 RM. im ganzen vorigen Jahre verdient haben; sie sind dann so zur Einkommensteuer eingeschätzt worden. Ich nehme nicht an, daß das Tiefbauamt ein niedrigeres Jahres Einkommen angegeben hat, als in der Tat vorhanden ist.

Der Redner: Das ist es, wogegen ich mich besonders gewandt habe. Bezieht darin, daß man beim Steueramt gewohnt ist, bei der Durchschnittsberechnung der betreffenden Arbeiter immer die höher bezahlten mit hineinzurechnen (Lohnen), und daß dadurch eine Verschiebung eintritt — ich meine damit nicht die besser bezahlten Tiefbauarbeiter, sondern ich meine, die Aufseher, Poliere usw. werden gewöhnlich mit eingerechnet, und dadurch kommt eine Verschiebung des Durchschnittseinkommens der Arbeiter zustande. Das ist auch jedenfalls das, was von Seiten der betreffenden Tiefbauarbeiter bekämpft wird. Man soll nur die Tiefbauarbeiter nach ihrem Einkommen berechnen. Tatsächlich muß der größte Teil der Tiefbauarbeiter im Winter viele Wochen ausbleiben. Es sagt der Herr Bürgermeister, daß vor 20 Jahren niemand gerügt habe, daß im Winter nicht gearbeitet werde; das sei ganz selbstverständlich gewesen. Ich gebe das zu, denn vor 20 Jahren gab es leider keine Tiefbauarbeiter, welche hier mit Hilfe der Organisation die Interessen der Arbeiter wahrten, in dem Maße wenigstens nicht wie heute. Und darin liegt der Merkpunkt der ganzen Situation.

Wenn in Bezug auf die Poliere gefragt worden ist, warum man sich besonders gegen diese wendet, so ist das aus dem Grunde geschehen, weil man annehmen kann — und das ist auch in der Versammlung behauptet worden —, daß die Poliere politische Arbeit nicht leisten, daß sie in der Hauptsache nur zur Anwesenheit der Arbeiter vorhanden seien und zur Aufsicht. Damit gearbeitet wird, verwendet würden. Die Mitarbeit erfolgt auf allen möglichen von Seiten der Poliere; nur in ein solcher Fall überhaupt nicht bekannt geworden. Wenn beispielsweise bei 10 Arbeitern 1 Poliere beschäftigt sind, so müssen selbstverständlich, um für die besser mit täglich 2 RM. Lohn bezahlten Poliere den Lohn zu verdienen, doch eine 3 Tiefbauarbeiter für einen Polier arbeiten. Das verteuert doch wesentlich die Arbeitskraft der Arbeiter. Der betreffende Polier kann dem Tiefbauamt nicht besonders viel nützen, wenn er nicht eine große Molonne von Arbeitern zu beaufsichtigen hat. Dann liegt der Hauptgrund, der zur Verhinderung wurde ein anderer Fall mitgeteilt. An der Anwesenheit, wo sehr die Gleichverteilung stattfindet, beschäftigt man sogar einen Aufseher, der den Arm in der Hand trägt; es war ihm ein Unfallsfall zugefallen. Es ist mehrere Tage bemerkt worden, daß er mit dem Arm in der Hand die Aufsicht geführt hat. Wenn ein Aufseher verunfallt, so hat er Unterzählung zu beziehen und es ist eine Unfallversicherungskasse vorhanden, die Unterzahlung bezahlt.

Dann kommt auch noch in Betracht, daß ich die Arbeiter allerdings bei dieser übermäßigen Zahl der Durchschnittslohn in ihrer ganzen Arbeitsstatistik nicht etwas sehr wohl haben können. Meine Herren! Ich will darauf hinweisen, daß mich eine solche Aufsicht nicht angenehm berührt, wenn hinter je zwei oder drei Arbeitern einer aufpaßt und antreibt, damit die Arbeit fertig wird. Man muß bei einem Menschen doch gewisse Rücksichtnahme voraussetzen. Das ist sicher: Die Arbeitsproduktivität wird damit

nicht gehoben. (Lachen.) Diese wäre auf jeden Fall vorhanden. Wenn Sie darüber lachen, so bedaure ich das.

In der betreffenden Versammlung hat man sich über die Ausdrücke, welche von Seiten der Herren Stadtverordneten gefallen sind, besonders die der Herren Stadtverordneten Glöck und Unrath, als auch über die höhnischen Bemerkungen des Herrn Dr. Pödel in scharfer Weise ausgesprochen und das verurteilt.

Dann hielt der Stadtverordnete und Vaudirektor Glöck folgende Rede:

Ich möchte nur zu den Ausführungen der beiden Herren Verordner einiges Bemerktes. Ich habe die Meinung, daß keiner der beim Räte beschäftigten Arbeiter gezwungen wird, beim Räte zu arbeiten. Es hat jeder die freie Wahl, sich sein Arbeitsfeld zu suchen, und hat er irgendwo mehr Chancen, mehr Lohn oder eine kürzere Arbeitszeit zu bekommen oder besser behandelt zu werden, so mag er dahin gehen. Wir zwingen niemand, beim Räte zu arbeiten.

Wenn Herr Stadtverordneter Uhlig ausführt, daß mit 1000 bis 1100 M. ein Arbeiter nicht auskomme, so muß man sich auch die jeweilige Leistung und vor allem vergewärtigen, daß es die untergeordneten Arbeiten sind, die jeder, auch ohne daß er deutsch spricht, verrichten kann. Meine Herren! Wenn durch unruhige Elemente bei dem einzelnen die Unzufriedenheit so ungeheuer geschürt ist, daß er sich auch mit 1000 bis 1100 M. bei Verrichtung der einfacheren Arbeiten, die fast ein Kind verrichten kann, nicht mehr zufrieden fühlt, dann bleibt am Ende bloß eins übrig, daß wir, um endlich Ruhe vor derartigen Angriffen zu haben, vom Räte aus dafür sorgen, daß diese Arbeiten an freie Unternehmer vergeben werden, und zwar im Interesse der Steuerzahler. Ich glaube nicht, daß gerade die meisten Steuern von der linken Seite kommen; wir haben Mühsicht zu nehmen auf die Leute, welche die meisten Steuern zahlen und am wenigsten Ansprüche stellen. Wenn wir infolge Ihres Verhaltens an diejenigen Unternehmer die städtischen Arbeiten vergeben, die sie am billigsten leisten — gleichgültig, welche Elemente sie dann einstellen —, dann ernten sie die Früchte, die Sie selbst gefät haben.

Sie auf der Linken stehen auf dem Boden: Die Arbeiter haben das Recht, in Konsumvereinen zu kaufen, und zwar von dem Standpunkte, weil sie nach Ihrer Annahme dort am billigsten kaufen. Demgegenüber haben wir am Ende im Interesse der Steuerzahler die Pflicht, bei dem Räte arbeiten zu lassen und den zu beschäftigen, der uns die Arbeit am billigsten liefert. Das ist das gerechte Gegenstück, wenn Sie sich auf den Standpunkt der Gleichberechtigung stellen, meine Herren! Wir werden hier wohl kaum einig werden; das ist ausgeschlossen; aber den Zeitpunkt werden Sie durch Ihre Art jedenfalls beschleunigen, wo der Rat in Uebereinstimmung mit der Mehrheit unseres Kollegiums zu Maßnahmen kommt, wo Sie jedenfalls keine Veranlassung mehr haben, über schlechte Bezahlung und Behandlung der Arbeiter zu klagen, weil man wahrscheinlich die Rätearbeiten in freie Hände geben wird. Dann mögen Sie sehen, wohin das führt, und dann mögen sich die Arbeiter, die durch Ihr Wesen beunruhigt und benachteiligt werden, bei Ihnen bedanken.

Der Herr Stadtverordnete und Buchbinder — Obermeister Unrath schloß die Herrn Glöck wie folgt:

Der Stadtverordnete Uhlig hat immer gesprochen von den städtischen Arbeitern und davon, daß sie Beschwerden eingereicht hätten. Ich meine, es ist der Verband, aber es sind nicht die städtischen Arbeiter, und soweit mir bekannt ist, gehört zu diesem Verbande nur ein geringer Teil unserer städtischen Arbeiter. Also es kann dieser Verband wohl kaum im Namen der städtischen Arbeiter sprechen.

Wenn dann die Zeit vor zwanzig Jahren herangezogen worden ist, ja, meine Herren, vor zwanzig und vor dreißig Jahren gab es für sämtliche Hausbauwerker gar keine Winterarbeit; da wurde nicht gebaut und die Leute sind ebenfalls ausgekommen mit Lohn und Gehalt und, ich glaube, sie haben damals zufriedener gelebt, als jetzt.

Die Beschwerden über die Vielzahl der Poliere hat sich meiner Ansicht nach durch die Ausführungen des Rates vollständig erledigt. Die Gegnerschaft wird vermutlich daher stammen, daß sich die Poliere nicht bemüht haben, sich diesem Verbande anzuschließen. Also es kommen allem Anscheine nach gewisse Gründe dabei zum Vorschein, wonach gegen die Poliere als Belegschaften gewußt wird.

Den sozialpolitischen Tiefstand im Dresdner Stadtparlament bezeugte der Stadtverordnete Uhlig zum Schluß mit diesen Ausführungen:

Herr Glöck begann damit, daß er sagte, es werde keiner gezwungen, für den Räte der Stadt zu arbeiten. Das ist allerdings sehr selbstverständlich, weil wir über das Sklavenzeitalter hinaus sind. Aber es gibt ein anderes Mittel, den Arbeiter zu zwingen, Arbeit anzunehmen, gleichviel ob bei Privatunternehmern oder im Dienste der Gemeinde: das ist der Hunger, das ist die Notwendigkeit, die Mittel zum Leben zu gewinnen, und das ist es eben, was die Arbeiter unter alle, auch oft unter die schlechtesten Arbeitsbedingungen zwingt. Es ist aber — das betone ich — nicht Sache der Gemeinde, nach dem Muster solcher ausbeuterischen

Unternehmer zu verfahren, die den Arbeitern die schlechtesten Arbeitsbedingungen auferlegen, die nur darauf denken, Profit aus den Arbeitern herauszuholen. Die Gemeinde muß auf einer höheren Stufe stehen, sie muß sozial denken und handeln und darf sich nicht auf den Standpunkt der Ausbeutung der Arbeiter stellen. Wer sagt: „Wem's nicht paßt, der mag gehen!“, der stellt sich auf einen Standpunkt, über den sich einfach nicht mehr reden läßt. Das ist der Standpunkt, der einfach den Rohren gehen läßt, wenn er seine Schuldigkeit getan hat.

Ob es sich um untergeordnete Arbeiter handelt, kann allein den Ausschlag bei den Löhnen nicht geben; denn die untergeordneten Arbeiter verrichten auch die unangenehmsten Arbeiten, und ich glaube, daß sich die meisten der Herren Kollegen in diesem Saale dafür bedanken würden, solche untergeordnete und unangenehme Arbeiten zu verrichten. Hierzu kommt aber noch die Notwendigkeit der Erziehung, der Lebenshaltung, und da kommt es nicht darauf an, ob einer untergeordnete Arbeiter ausführt, sondern da kommt es darauf an, daß für ihn und seine Familie das Einkommen aus der Arbeit ausreicht zu einer leichtlich menschenwürdigen Erziehung.

Dann ist es auch unangebracht, die geringere Bezahlung der Arbeiter mit der Mühsicht auf die Steuerzahler zu rechtfertigen. Denn auch die Arbeiter sind ja Steuerzahler, und ihre Steuerkraft leidet, je schlechter man sie bezahlt. Aber es leidet dadurch auch ihre Kaufkraft, und die Kaufkraft der Arbeiter durch schlechte Bezahlung einzuschränken, das liegt nicht einmal im Interesse des von Ihnen angeblich so stark vertretenen Mittelstandes. Gerade der Mittelstand leidet unter der geschwächten Kaufkraft der Arbeiter am allermeisten. (Widerspruch.)

Wenn damit gedroht wird, angesichts der Kritik, die an den städtischen Arbeiterverhältnissen geübt wird, die Arbeiten an Privatunternehmer abzugeben, so entspricht das eben auch wieder gewissen Interessen und dem nächsten Unternehmerstandpunkte. Wenn uns gesagt wird, wir brachten es durch unsere Geharbeit dahin, daß man solche Maßregeln ergreift (Rufe: Allerdings!) so verweise ich darauf, daß die Ursache der heutigen Debatte gar nicht von uns ausgeht, sondern von einer Eingabe, die aus den Kreisen der Arbeiter selbst gekommen ist. (Widerspruch.) Das stelle ich auch fest gegenüber den Behauptungen des Herrn Schriftführers Unrath, der meint, daß es sich nicht um die Arbeiter, sondern um den Verband handle. Man bezweckt damit lediglich, dem Verband die Eigenschaft einer Interessenvertretung der Arbeiter abzuspreden, was aber gar nicht den Tatsachen entspricht. Im Verbande konzentriert sich eben die Arbeiterschaft und auch der Wille, die Lage der Arbeiter zu bessern. Wenn hier darauf Gewicht gelegt wird, daß im Arbeiterverbande nur ein Teil der Arbeiter organisiert ist, so liegt das an den Zwangsmassregeln, die man gegen den Arbeiterverband ergreift, an der Unterbindung des den Arbeitern gesetzlich erwährtesten Koalitionsrechtes. Es ist also durchaus unangebracht, auf solche Weise die hier gemachten Angaben entkräften zu wollen.

Wenn schließlich davon geredet wird, daß vor 20 Jahren die Leute zufriedener gelebt hätten, so ist es doch selbstverständlich, daß die Leute heute nicht zufriedener sein können, schon angesichts der Verschlechterung der Lebensbedingungen, besonders der ungeheuren Steigerung der Lebensmittelpreise, die es überhaupt ausschließen würde, unter den früheren Bedingungen zu leben.

Zur Lage der Chemnitzer Gasarbeiter.

Wie unseren Lesern noch erinnerlich sein dürfte, richteten die hiesigen Gasarbeiter im Anfang dieses Jahres eine Petition, nachdem eine solche im Vorjahre von der Verwaltung und dem Ausschuss abgelehnt worden war, an den Rat und die Stadtverordneten; hauptsächlich wegen Erhöhung der Löhne, Einführung steigender Gehaltsstufen nach Dienstalter sowie bessere Bezahlung der Ueberstunden, Sonntags- und Nachtarbeit, und Erwidlung eines, auf freier Grundfläche bestehenden Arbeiterausflusses. Zu gleicher Zeit hatten auch die Massenboten ein Gesuch um Erhöhung der Löhne, die Gaszähler ein gleiches um Erhöhung der Löhne, Gewährung von Vorkaufsgeld und Urlaub und die Gullysänger um Aufbesserung der Wochenlöhne eingereicht. Am 28. April kamen nun all diese Sachen in der Stadtverordnetenversammlung zur Besprechung, wobei Stadtrat Redig, Teserener der Gasanstalt, die ganz winzigen Zuschüsse als außerordentliches Wohlwollen den Arbeitern gegenüber hinstellte.

Den Betriebsleuten wurde der geforderte Toß von 4 M. und 4,20 M. bewilligt, dafür aber der halbe Sachlohn, der bis jetzt für die Sonntagsarbeit gewährt wurde, entzogen, und zwar mit der lächerlichen Begründung, die Arbeiter hätten das noch niemals geübt anerkannt. Jedemfalls sollten die Arbeiter für ein solch selbstständiges Recht ein besonderes Danklied entsummen. Die Kohlearbeiter erhielten 1 und 2 M. Zulage pro Stunde, so daß der Lohn jetzt 2 bis 3 M. beträgt. Eine gleiche Zulage erhielten auch die Hauswerker des Inner- und Außenbetriebes und die Kohlleger. Steigende Löhne nach dem Dienstalter wurden gänzlich abgelehnt. So hoch konnten sich die künftigen Kommunalpolitiker in Chemnitz nicht versteigen. Auch stellte mit dieser gewaltigen Aufbesserung alle

Ertrabergütung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit aufhören. Die Arbeiter nahmen aber in einer stark besuchten Betriebsversammlung dagegen Stellung und beauftragten die Kollegen im Arbeiterausschuß darüber vorstellig zu werden, was auch half. Es stellte sich nämlich dabei heraus, daß diese Maßnahmen von niemandem angeordnet waren. Es wollte eben niemand der Schuldige sein und somit ist das Ganze nur die Wacke einzelner Verwaltungsorgane.

Der Arbeiterausschuß wurde selbstverständlich abgelehnt mit dem Hinweis, es bestände ein solcher im Vorstände der Betriebs-Frankenkasse! Was aber ein solcher Ausschuß, in dem zu ein Drittel Beamte des Betriebes sitzen und den Vorsitz inne haben, für die Arbeiter einen Wert hat, kann sich jeder objektive Beurteiler leicht selbst denken.

Die Massenboten erhielten eine Zulage von jährlich 100 Mk., so daß ihr Lohn jetzt von 1300 Mk. alljährlich um 100 Mk. bis zu 1400 Mk. steigt. Den Zählerwärttern, die einen Lohn von 18,50 Mk. bis zu 21,50 Mk. erhielten, wurde derselbe auf 20 bis 26 Mk. erhöht und die Prämie von 1,50 Mk. pro Woche belassen. Bekleidungs- und Urlaub wurden generell abgelehnt. Die Händler erhielten 1 Mk. Zulage, mithin jetzt 10 Mk. pro Woche. Die Gesamtsumme beträgt jährlich 15 000 Mk. Unsere Vertreter im Stadtparlament traten für die gestellten Forderungen der Arbeiter lebhaft ein und wurden dadurch in eine wahre Redeschlacht verwickelt, wobei sie den Stadtrat Mobig derartig in die Enge trieben, daß er sich dazu bereit erklärte, die bekannten Forderungen gegen unsere Organisation auszusprechen. Den bürgerlichen Vertretern, die auf Grund des Massenwahlrechts das Parlament beherrichen, war aber nun genug über Arbeiterfragen gesprochen worden und sie brachten flugs einen Schuldenantrag ein, welcher unter einer groben Verleumdung der Gewerkschaftsordnung angenommen wurde, um die Verfechter der Arbeiterfrage mundtot zu machen.

Jetzt man sich nun aber einmal den Abschluß des Geschäftsjahres 1905/1906 der Gasanstalt an, so ist er geradezu glänzend. Der Vorschlag der Verwaltung für den zu erzielenden Gewinn ist bedeutend überschritten worden. Die Zunahme der Gasabgabe betrug 10,77 Prozent. Der Gasverbrauch war auf 13 Millionen vermindert, während er aber auf 14 Millionen stieg und somit schon die Höhe erreichte, welche für das laufende Geschäftsjahr vorgesehen war. Die gesamten Bedürfnisse der Gasanstalt waren im verflossenen Jahr auf 1433 250 Mk. veranschlagt. Ausgegeben wurden nur 1 355 081,77 Mk., also beträgt die Ersparnis 78 168,23 Mk. Für Betriebsarbeiterlöhne waren 155 250 Mk. in Anschlag gebracht worden, aber nur 137 003 Mk. sind ausbezahlt worden, trotz der bedeutenden Steigerung der Gasmengen und der Nebenprodukte. Die Ersparnis an Lohn beträgt also allein 18 247 Mk. Daraus ist zu ersehen, in welcher Weise die Verwaltung den Arbeitern Entgegenkommen gezeigt hat. Sie hat nicht einmal das bewilligt, was an Arbeiterlöhnen anpart worden ist. Natürlich sind diese Ersparnisse an Lohn auch auf die Einführung technischer Hilfsmittel zurückzuführen. Bei richtiger Handhabung dürften technische Verbesserungen nicht nur dazu dienen, um recht viel Gewinn herauszuholen, sondern sie müßten auch dem Arbeiter zugute kommen. Und das ist hier nicht der Fall. Die hier gemachten Jugendschritte können nur als Abschlagszahlung betrachtet werden. Die Arbeiter werden sich nicht durch leere Reden abfertigen lassen, sondern sie werden ihre berechtigten Forderungen von neuem erheben, und der Verwaltung wird damit Gelegenheit gegeben werden, ihre alten Unterlassungssünden wieder aufzumachen.

Bei den Beamten der Gasanstalt hatte die Steigerung des Umsatzes sofort eine Steigerung der Gehaltssumme von den veranschlagten 62 000 Mk. auf 71 545,60 Mk. zur Folge, weil Neueinstellungen erfolgten. Zu der ersparten Summe bei den Ausgaben kommt aber noch eine viel bedeutendere bei den Einnahmen. Als Veranschlagung war in Rechnung gestellt die Summe von 2 684 000 Mk. Eingekommen sind aber 2 935 401,22 Mk., das ist ein Mehr von 251 401,22 Mk., so daß ein Mehrertrag von 320 569,45 Mk. gegenüber dem Haushaltsplan herauskommt.

Gegenüber dem Vorjahre ist das im Mehrertrag von 181 631,78 Mark. Angesichts dieser Tatsachen erwidert der Vertreter gerechtfertigt, daß die Verwaltung noch nicht von dem rechten sozialpolitischen Verständnis durchdrungen ist, sonst hätten die lächerlich geringen Forderungen der Arbeiter ohne Umstände erfüllt werden müssen. Man trübt sich aber hier gegen Einrichtungen, denen sich die Arbeiter anderer, und mitunter viel kleinerer Stadtgemeinden schon seit Jahren erfreuen. — Des beste Mittel aber, um die Verwaltungen an ihre Aufgaben den Arbeitern gegenüber zu erinnern und nachzuhelfen, ist eine starke und gut ausgebaut Organisation. Die Parole eines jeden städtischen Arbeiters muß deshalb heißen: Einmütig in den Verband der Gemeindegewerkschaften. Hier liegt der Schlüssel zu einer besseren Zukunft.

Schwarze Ehrlichkeit.

Als stille Teilhaber glauben die „Christlichen“ bei unserem Verbande Antworthaft auf ein großes Erbe zu haben, wenn sich auf unserem Verbandstage in Mainz die Dinge nach ihrem Bunde gestalten würden.

Sie berufen deshalb mit feiner Berechnung genau in der Zeit, wo sie wußten, daß die Leiter der Münchener Filiale beim Verbandstage in Mainz weilen, nämlich für den 30. Mai, eine große Versammlung ins Colosseum ein. Als Referent war der Landtagsabgeordnete und „christliche“ Arbeiterführer Schwald bestellt. Auf welcher geistigen Höhe dieser Mann steht, geht schon daraus hervor, daß er unter anderem ausführte, „er könne sich nicht für eine Reichs-Arbeitslosenversicherung erwärmen, weil es doch Leute gäbe, die überhaupt keine Arbeit fänden“. Trotz aller großen Kellame waren nur ca. 50 Mann antwefend, darunter noch eine ganze Anzahl von unserem Verbands, über die wieder einmal, wie gewöhnlich, die Redesperre verhängt war.

Nun, schließlich ist es ja das Recht der „Christlichen“, ihre Versammlungen abzuhalten, wann und wo sie wollen.

Hier aber hat man zu einem teufelischen Possest gegriffen, um die Position, die sich unser Verband mühsam errungen hat, zu erschüttern.

Die „Christlichen“ gingen da wohl von dem Grundsatz aus: „Was nicht auf geradem Wege geht, muß auf krummen gehen.“

In beflagter Versammlung kam also die Nummer 22 der „Gewerkschaftsstimme“ zur Verteilung. Darin befindet sich unter den üblichen Verleumdungen und Verdrehungen usw. folgende Äußerung, die ich einmal gebraucht haben soll:

„Ich (Schwald) bin jetzt Sozialdemokrat und wenn mir eine Partei das bezahlt, daß ich materiell gesichert bin, so ist es mir gleich und wenn es mir die Schwarzen geben, dann bin ich Schwarzer, geben es mir die Liberalen, dann bin ich Liberaler und wenn es mir die Sozialdemokraten geben, so bleibe ich bei diesen.“

Jedem Kollegen, der mich kennt, wird ohne weiteres klar sein, daß diese Äußerungen nicht gefallen sein können. Das geniert die schwarzen Galgenvögel aber nicht, hoffen sie doch durch diese Verleumdung während meiner Abwesenheit auf großen Erfolg. Der blieb aus, denn die Münchener Kollegen kennen ihre christlichen Pappenhelmer schon.

Trotz einer klaren Klarstellung dürfte am Blase sein. Bekanntlich ist in der „christlichen“ Gewerkschaftspresse stets nur von „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften zu lesen.

Der städtische Arbeiter Führer, zugleich Vorstand der „Christlichen“ (eine sattem bekannte Persönlichkeit) erklärte mir eines Tages (es war im Sommer 1905), daß sich seine christliche (?) Weltanschauung nicht mit dem Standpunkte der Sozialdemokratie decken könne und er folglich auch nicht den sozialdemokratischen Gewerkschaften beitreten könne.

Ich suchte nun diesem Herrn die Neutralität der Gewerkschaften und den Unterschied zwischen der Partei und den Gewerkschaften klarzulegen und zwar in folgender Weise:

„Partei und Gewerkschaft sind zwei verschiedene Dinge. Die Gewerkschaften bezwecken lediglich eine Forderung der materiellen und wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder. Wenn ich Parteipolitik treiben will, so muß ich mich der politischen Partei der Sozialdemokratie oder sonst einer anderen Partei anschließen. Ich für meine Person bin z. B. Sozialdemokrat, weil ich der sozialdemokratischen Partei angehöre, aber nicht deswegen, weil ich gewerkschaftlich organisiert bin. Bis jetzt haben nur die Sozialdemokraten (im Rathaus) für unsere berechtigten Forderungen gearbeitet und so ist es ganz natürlich, daß die freien Gewerkschaften mehr zu den Sozialdemokraten hinneigen. Geben uns aber die Schwarzen etwas, so nehmen wir das selbstverständlich auch, geben uns die Liberalen etwas, so ist es ebenso.“

So selbstverständlich dies alles klingt, so glaubten die Christlichen doch, durch Verdrehung des Vertrauens der Kollegen erschüttern zu können. Es ist ihnen aber nicht gelungen. Zudem sind ja Zeugen vorhanden, die von dieser Unterredung wissen. Aber trotz der großen Raumberschwendung in der „Gewerkschaftsstimme“ sind die „Christlichen“ in ihrem Schundartikel nicht auf den Vorwurf eingegangen, der ihnen in der „Gewerkschaft“ gemacht wurde, nämlich, daß eben dieser oben zitierte Führer unter der Flagge des Gemeindegewerkschaftsverbandes Mitglieder zu fördern verjuchte.

Es wäre unhöflich von mir, wenn ich nicht auf so viel Liebeshwürdigkeit hin auch etwas über den „christlichen“ Verbandsvorstand und Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“, Hans Braum in München (angenehme Nachbarschaft) etwas schriebe.

Also, dieser Hans Braum ist es eben, der seine Meinung wechselte wie sein Hemd, indem er von den freien Gewerkschaften (Steinweg) zu den „Christlichen“ umstaltete. Eben dieser Hans Braum ist es, der einen Teil der städtischen Arbeiter Münchens in einem Lokalverein bei einem monatlichen Beitrag von 1 Pf. zu rüchergatslosen Kriechern „erzog“. Als er dann auch hier mit Schimpf und Schande davongejagt wurde, fand er es für angemessen, das Netz zu besudeln, in dem er selbst so warm gefessen hatte. Derselbe Hans Braum ist es, der in einem Briefe, dessen Original uns vorgelegen hat, in bezug auf die städtischen Arbeiter folgendes schrieb:

„Was sind sie denn; nichts als ungelernete Arbeiter, in der Hauptstadt mit Fasel, Schaufel und Schublatten, da preßiert es nicht so sehr.“

Es scheint, für diesen Hans Braum beginnt der Arbeiter erst beim Maßplan. Städtische Arbeiter, merkt Euch das an allen Orten.

Und wie wäre es, Herr Hans Braun, wenn einmal die Fingerringe zum besten gegeben würde?

Doch da handelt sich vorläufig noch um eine Feder. Am Schlusse des „christlichen“ Artikels wird auf die Erfolge der „christlichen“ Organisation bei den Friedhofbediensteten hingewiesen. Nun, die Erfolge bestanden einzig darin, daß ein zu Unrecht entlassener Kollege mit 10 Mk. abgefunden wurde, weiter konnte man nichts für ihn tun. Das sind freilich Erfolge, und zwar von so ein schlagender Wirkung, daß von dem gesamten Friedhofpersonal auch nicht mehr ein einziger dem „christlichen“ Verbande angehört. Das letztere vergaß Herr Braun in der „Gewerkschaftsstimme“ mitzuteilen.

Am Ansatze daran können wir auch gleich die pilante Massen gestrichelt behandeln.

Wie im Sommer vorigen Jahres brandete man im „christlichen“ Lager Geld und da ließ man sich denn von der damals noch bestehenden Sektion „Friedhofpersonal“ 100 Mk. vor Quartalsrückzahl abliefern. Empfänger war der „christliche“ Sekretär und München-Gladbacher Räumling Weiler. Als es nach so, Herr Braun? Von da ab vernahm diese Sektion ihrer allmählichen Auflösung. Und heute, also nach fast einem Jahre ist es dem „christlichen“ Verband noch nicht eingeleitet, mit dem Kassierer abzurechnen obwohl die Sektion schon vor einem halben Jahre ganz ausgetreten ist und wiederholt die Abrechnung verlangt wurde. Schuld ist eben die für die „Christlichen“ wenig angenehme Perspektive, etwas herausbezahlen zu müssen. Wie mag es da in dieser „christlichen“ Massenführung aussehen? Eine Abrechnung, wie sie beispielsweise vierteljährlich in unserer „Gewerkschaft“ zur Einsichtnahme für jedes Mitglied vorzulegen würde, hat man bei den „Christlichen“ noch nie gesehen.

Und terrorisiert wollen die „Christlichen“ sein. Von wem?

Nun, wir wissen ja, wie es unseren Mitgliedern geht, wenn sie einmal unglücklichweise in eine Horde der „Christlichen“ hineingeraten: wie die schwarze Gesellschaft gleich Kaminren über sie herfällt. Wir brauchen hier auf die Schwabinger Mannen am Eisenlagerplatz zu verweisen und auf Herrn Köninger.

Auch ist es noch gar nicht lange her, da stand in der „Münchener Post“ eine Notiz, daß in Panreuth ein „christlich“ organisierter Vorarbeiter einem Arbeiter, der aus dem „christlichen“ Verbande austreten wollte, erklärte, er würde schon sorgen daß er auch die Arbeit verlieren würde. Das ist wohl kein Terrorismus?!

Unsere Vaterlandswärter erklären die Ausführungen der „Gewerkschaftsstimme“ betreffend die Haidhauser Ebnämmer als unwahr und werden Herrn Braun Gelegenheit geben, seine Behauptungen zu belegen.

Aber es kommt immer noch besser. Der „christliche“ Sekretär Weiler hat in einem Schreiben an das Stadtbau Amt den Gemeindeführer einem Arbeiter, der aus dem „christlichen“ Verbande austreten wollte, erklärt, er würde schon sorgen daß er auch die Arbeit verlieren würde. Das ist wohl kein Terrorismus?!

Der bereits oben zitierte „christliche“ Vorstand und städtische Arbeiter-Hilfsverein berichtete daraufhin eigens einige Dutzend Briefe, um endlich ein lebendes Exemplar eines Terrorisierten zu bekommen. Alles vergeblich. Und gute Menschen, die wir nun sind, konnten die Geschichte nicht mehr länger anheben und schickten deshalb einen solchen Brief, nachdem schon eine ganze Anzahl im Bureau auflagen, mit Verweis auf die „Münchener Post“ zur Veröffentlichung.

Ob diese Verhille unsererseits den gewünschten Terrorisierten lieferte, wissen wir nicht, jedenfalls wird der christliche Verband darüber keinen Bericht erstatten hat.

Ganz bescheiden laden die „Christlichen“ am Schlusse ihrer Endeckel ein, die städtischen Arbeiter möchten sich bei ihnen melden. Sogar eine Sektion der Gasarbeiter haben sie. Da schlag doch der Blitz herein!

Man kann vielleicht erfahren, wie stark diese Sektion der Gasarbeiter ist. Ist sie so stark, wie die Komitee von den „Christlichen“ verheimlichte antisemitische Fraktion im Rathaus? -- Letztere zählt 1 Kopf!

Soviel können wir den Schwarzen verraten, daß ihre Liebesmüh bei den Gasarbeitern umsonst ist. Die sind nämlich längst nach Arbeitslos; froh, wenn sie das Schwarze los haben; übrigens verziehen sie auch auf „christliche“ Liebesdienste a la Porzheim, und wollen sich auch die Kräfte nicht vor der Ernte durch die „Christlichen“ verderben lassen. Also da heißen die schwarzen Herrschaften auf Orant.

Eine Frage aber gestatte ich mir noch an den „christlichen“ Verband und die lautet:

Wo hat es der „christliche“ Verband vermocht, auch nur ein Notat an den Verhältnissen der städtischen Arbeiter Münchens zu bessern? Immer wird auf die paar Zentrums-Gemeindevollständigen verwiesen. Gut, wir haben schon einmal bemerkt, daß es gerade diese Herren sind, welche, namentlich in den Ausschüssen, gegen jede Verbesserung stimmen. Man braucht nur zu erinnern an Penzer, Leib, Stadtmeyer, Rudner usw. Dort steht einmal der Hefel an.

Und hat denn der „christliche“ Verband noch nicht soviel vom gewerkschaftlichen A. V. G. gelernt, daß die Arbeiter nur auf ihre eigene Kraft bauen können?

Freilich, als Internerichtungsgruppe, wie z. B. im Allgäu, da hat man andere Grundlagen.

Wir vom Gemeinde Arbeiter-Verband lassen es als ein gutes „Einen“ an, daß just zu der Zeit, wo die schwarzen Hintertreppenspolitiker glaubten, die Münchener Kollegen für sich zu gewinnen, unser Verband in der Hochburg der Schwarzen, an dem Sitz ihrer Einpartikulare, München-Gladbach, Fuß gefaßt haben.

Unverwundt darf auch nicht bleiben daß auf unserem Münchener Bureau die „Gewerkschaftsstimme“ „zufällig“ und zwar trotz Abonnement nicht erscheint, wenn über unseren Verband losgezogen wird. Das ist für uns immer das Zeichen, daß wieder einmal über uns getulult wird. Das sind die „christlichen“ Helden!

Für heute Adieu, ihr Herren, nächstens klopfen wir Euch einmal wieder auf Eure schwarzen Köpfe.

Unsere Münchener Kollegen aber raten wir, nicht in die Lage dieser schwarzen Gesellschaft zu gehen. Zieht als ganze Männer zum Gemeinde Arbeiter Verband und agitiert für dessen Ausdehnung. Darin liegt einzig und allein unsere Zukunft.

München, im Juni 1906.

Franz Sebald.

Hannoverscher Städtetag.

In Hannover traten am 17. Juni die Vertreter der zum Hannoverischen Städteverein gehörigen Städte zu ihrer regelmäßigen jährlichen Tagung zusammen. Zum ersten Verhandlungsgegenstande:

Die Einrichtung von städtischen Arbeitsnachweisen und deren Zentralisation nahm dann Senator Jühl das Wort, der dieses Thema in einem ausführlichen Vortrage behandelte. Mehr und mehr sei erkannt, daß die Arbeitsvermittlung eine soziale Frage sei, an der die Allgemeinheit ein großes und erhebliches Interesse habe. Die durch die große wirtschaftliche Entwicklung des vorigen Jahrhunderts geschaffenen Verhältnisse forderten dringende Einrichtungen zur Regelung von Angebot und Nachfrage auf dem weitverzweigten Arbeitsgebiete. Es sei für Staat und Gemeinde eine unabweisliche Pflicht, sich der Sache anzunehmen. Medner beipflichtete die früheren Verhältnisse des Arbeitens, des sogenannten Lohnkaufens usw., das Stellenangebot und Gehalt im Wege des Zeitungsmittels und die gewerkschaftliche Stellenvermittlung, die er als einen strebsamen, schrittweiser und gefährlicher Art und als das unläuterste Ausbeutungsmittel bezeichnete. Es sei dringend nötig, daß die Staatsregierung dem Gewerbe der Stellenvermittlung die größte Aufmerksamkeit zuwenden und die dafür erlassenen Bestimmungen auf das Schärfste beaufsichtigen. Auch die von den Arbeitern und Arbeitgebern zur Vertretung ihrer Sonderinteressen geschaffenen Arbeitsnachweise entzögen als einseitige Maßnahme durchaus nicht den Anforderungen der Zeit. Allgemein ist es erkannt, daß die bisherigen Einrichtungen nicht mehr genügen und daß der Arbeitsnachweis der Zukunft nur der paritätische sein könne, der, wenn er seine volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllen und den sozialen Frieden sichern solle, weder in den Händen der Arbeitgeber, noch der der Arbeiter liegen dürfe. Am weitesten sei man bisher auf diesem Gebiete in Süddeutschland fortgeschritten, wo Arbeitsnachweise von Vereinen und Verbänden mit städtischer Subvention und unter städtischer Aufsicht, sowie auch rein kommunale Arbeitsnachweise eingerichtet wurden, die vielfach in gegenseitiger Verbindung stehen. Medner war der Ansicht, daß ein rein bürokratisch eingerichteter kommunaler Arbeitsnachweis nicht dem Geiste der Zeit entsprechen und nicht allseitig das Vertrauen genießen würde, wie ein paritätischer Arbeitsnachweis, zu dessen Leitung Arbeitgeber und Arbeiter mitberufen würden, wie es in Hannover geschehen, wo ein Veirat für den Arbeitsnachweis aus den Gewerbeberichtsbeisitzern gebildet worden sei. Sollten die Arbeitsnachweise aber ihre wirtschaftliche Aufgabe voll und ganz erfüllen, so müßten sie über das lokale Gebiet hinausgreifen. Am zweckmäßigsten würde sein, wenn ein Zusammenarbeiten mit den benachbarten und anderen Nachweisstellen erfolge; am vollkommensten seien in dieser Richtung die Nachweise in Bayern organisiert. Insbesondere wies der Medner darauf hin, daß auch den unermittelten Arbeitern durch Geldverordnungen die Möglichkeit gegeben werden müsse, auswärts angebotene Stellen erreichen zu können; hier werde das so gehandhabt, daß ihnen Fahrgebühren statt Paßgeld eingehändigt würden. Medner, der seine Vorfälle aufgestellt hatte, empfahl schließlich die Annahme einer Resolution, die dahin lautete, daß der Städtetag den zum hannoverschen Städteverein gehörenden Städten empfehle, unparteiische und paritätische Arbeitsnachweise zu errichten und deren Organisation zu fördern.

Zu der Voreberlegung stimmte Städtetag Götting Hildesheim zwar dem Medneren zu, verteidigte aber dabei den bürokratisch eingerichteten städtischen Arbeitsnachweis. Dagegen hob Senator Jühl wieder hervor, daß der paritätische Nachweis mehr Vertrauen genieße, was doch schließlich ausschlaggebend sein müsse. Diesen Standpunkt vertraten in der weiteren Erörterung des Themas auch Bürgermeister Demise Harburg, Stadtdirektor Traamm Hannover, Bürgermeister Diekmann Leer und Senator Johannmann Lüneburg. Bei der darauf folgenden Abstimmung wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Darauf sprach Bürgermeister Troje Einbeck über das Thema „Die Einrichtung und der Betrieb der Armenhäuser in mittleren und kleineren Städten“.

Aus unserer Bewegung.

Berlin III. (Wasserwerke.) Öffentliche Versammlung am 10. Juni 1906. Genosse Wietke sprach über „Weltkämpfung und Weltuntergang“. Redner schilderte die großen Naturereignisse und gab die erforderlichen weltanschaulichen Erklärungen dazu. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Kollege Volkmann gab einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Arbeiterausschusses in den letzten drei Jahren und befaßte sich sehr eingehend mit der letzten Ausdehnung. Es seien folgende Punkte behandelt worden: Erlass einer allgemeinen Arbeitsordnung für die Betriebe der Stadt Berlin. Anträgen und Anträge zu der letzten Lohnregelung. Petitionen einzelner Gruppen. Regelung der Landzulagen, indem auf den Werken Friedrichshagen, Tegel sowie auf den Mahrtrieden zwischen Weiland und Tegel, ebenso Adlersberg und Friedrichshagen zwei Stunden Landzulagen gewährt werden sollen. Bezahlung der Hausmieten. Die Zurückführung der Plumber. Dieser Punkt ist mit Einverständnis sämtlicher Ausschussmitglieder fallen gelassen worden. Antrag um Gewährung von Vademecaren zu den städtischen Badeanstalten. Die einzelnen Punkte gaben Anlaß zu einer regen Diskussion. Da demnach die Tätigkeit des Arbeiterausschusses abläßt und Neuwahlen vorgenommen werden müssen, wurden folgende Kandidaten für die dritte Gruppe aufgestellt: Niebu, Volkmann und Kohringel. Als Ersatzmänner: Storch, Enwald und Schmidt. Sehr eingehend wurde noch über die Alfordarbeiten diskutiert. Die Versammlung sprach sich dafür aus, daß es sich empfiehlt, alle Arbeiten in Zeitlohn ausführen zu lassen.

Bremen. Schon seit längerer Zeit machte sich unter den Betriebschlechtern und sonstigen Handwerfern des Gaswerkes eine tiefgehende Unzufriedenheit bemerkbar. Ein dort beschäftigter Auskollege hatte es verstanden, sich durch Schmeicheleien und sonstige schöne Eigenschaften bei den Meistern beliebt und unentbehrlich zu machen. Wie viele solcher Leute machte auch dieser Kollege, Tierken heißt der Mann, sich keine Skrupel darüber, seine wertige Person, selbst auf Kosten der übrigen Kollegen, in den Vordergrund zu drängen. Wiederholt mußten die Annahmen, welche er sich erlaube, zurückgewiesen werden.

Nun wurde im Laufe dieses Frühjahres gerade dieser Viedere leitens der Verwaltung als Aufsichtlicher bestellt. Darob ist wohl ihm wohl der Name, und die Mägen der Kollegen häuften sich mehr und mehr. Auf eine Weidwerde beim Direktor, unterfährten von samtliche Arbeiter der betr. Abteilung, versprach dieser, die Weidwerde zu untersuchen. Diese Weidwerde stützte sich insbesondere darauf, Tierken heiße nicht die Fähigkeit, gelehrte Arbeiter zu beaufsichtigen, da er nicht einmal ordnungsmäßig gelernt habe. Trotz mannigfacher Verhandlungen, die nur geeignet waren, der Angelegenheit eine immer größere Schärfe zu verleihen, blieb er bei der Forderung und Anstellung T's. Dieser änderte auch in nichts sein Benehmen gegenüber den Kollegen, so daß sich dieser eine derartige Vuttheit bemächtigte, daß sie entschlossen waren, unter keinen Umständen mit T. weiterzuarbeiten. Eine Zusammenkunft, welche sich mit einer ev. Arbeitsumstellung befaßte, beauftragte den Vorkalbeamten der heiligen Metallarbeiter, Genossen Vebke, der größte Teil der in Betracht kommenden Kollegen in im Metallarbeiterverbande organisierten Verhandlungen mit der Direktion anzubahnen. Diese haben nun stattgefunden zwischen dem technischen Leiter des Gaswerkes, Direktor Dr. Schütte, dem Genossen Vebke als Vertreter des Metallarbeiterverbandes und dem Kollegen Mittler als Vertreter unserer Organisation. Direktor Schütte versprach, jede Weidwerde gegen T. die zu seiner Kenntnis gelange, streng gerecht zu prüfen und im Falle der Berechtigung unmissverständlich gegen T. vorzugehen. T. solle dahingehend informiert werden, daß er sich höflich und anständig allen Arbeitern gegenüber zu benehmen habe.

In Bezug auf T's. angebliche Unfähigkeit erklärte der Direktor: „Wenn mir nachgewiesen wird, daß T. nichts leisten kann, lasse ich ihn fallen“. Auch sollen Mägen, welche dem Direktor über einzelne Leute hinterbracht werden, diesen persönlich mitgeteilt und ihnen dadurch Gelegenheit gegeben werden, sich zu verteidigen. Zum Schluß ermahnte der Direktor die beiden Organisationsvertreter, indem er betonte, daß er gegen die Organisation nichts einzuwenden habe, den Kollegen mitzuteilen, daß es auch sein Vetreiben sei, die Differenz friedlich unter Anwendung vollster Gerechtigkeit zu beilegen.

Eine am Abend stattgehabte Versammlung der beteiligten Kollegen beschloß, nach langem für und wider sich mit dem Vordränge der Kollegen Vebke und Mittler einverstanden zu erklären. Der Vordränge ging dahin, auf Grund der Erklärungen des Direktors Schütte zu versuchen, ob sich mit T. ein vernünftiges Verhältnis herbeiführen lasse. Die Versammlung verpöbete überdies, durch seinen Zusammenhalt und gezielte Agitation für die Organisation venten vom Vordränge T's. ein Bollwerk gegenüberzustellen, an dem offene und hinterlistige Angriffe wirkungslos abprallen.

Tüßeldorf. In der öffentlichen Versammlung am 24. Mai sprach unter lebhaftem Beifall Kollege C. Timmer Berlin über das Thema: „Wie können die städtischen Arbeiter ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern?“. Ueber den Zwang, der den ledigen städtischen Arbeitern beim Inkrafttreten der neuen Lohnbestimmungen

aufgelegt wurde, referierte Kollege S. Schäfer-Möln. Wir werden auf diese Seite noch zurückkommen.

Am 8. Juni fand eine Gasarbeiterversammlung statt, in der Schäfer den Bericht über die Gasarbeiterkonferenz gab. Sodann nahm man zu der Arbeiterausschusswahl Stellung, an der man sich zunächst im Hinblick auf die reaktionären Bestimmungen nicht beteiligen wollte. Schließlich willigte man dennoch in die Beteiligung ein. Nach der Aufstellung der Kandidaten ging die Versammlung auseinander.

Eberfeld. Die am Sonntag den 10. Juni stattgefundene Mitgliederversammlung war sehr schlecht besucht. Kollege Schäfer-Möln gab den Bericht über den Verbandstag. Eine Resolution, in der versprochen wird, die Beschlüsse desselben nachdrücklich zur Durchführung zu bringen, fand einstimmige Annahme. — Im Anschluß dieses Berichts sei nochmals auf die im Bezirk Rheinlands-Westfalen einigda stehende Lauchert der Eberfelder Kollegen hingewiesen. Von achtzig dienstfreien Kollegen waren — neunzehn erschienen. Selbst die beiden Schriftführer fehlten. Wohin soll das führen? Sicher ist, daß später diejenigen am meisten über die Einrichtungen des Verbandes zu rätornieren haben, die wenig oder gar nicht die Versammlungen besuchen. Eberfelder Kollegen beßert Euch, sonst wird Eure Filiale, die älteste im Bezirk, von der jüngsten in den Schatten gestellt.

Kassel. In der am 25. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Kollege D. Feinze-Berlin. Er geißelte zunächst die Lauchert der Kasseler Kollegen, die sich besonders in dem schlechten Verhandlungsbericht kundtun. Er ging sodann auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter im allgemeinen und der Kasseler im besonderen ein und zeigte den Weg, der zu deren Verbesserung führt. Dem Redner wurde lebhafter Beifall zuteil. Beschlössen wurde, zum Bau des Gewerkschaftshauses Extramarlen 250 Pf., von denen jedes Mitglied mindestens drei Heben muß, auszugeben. In Sachen der Urarbeitsfrage der Potarbeiter und Handwerker des Gaswerks und der Arbeiter des Viehhofes soll in einer Eingabe an die Verwaltung herangetreten werden. Im Beschiedenen wurde noch scharf das Tennunziantenwesen gerügt, das ganz besonders auf der Gasanstalt in hoher Blüte steht. Man gibt sich jedoch der Hoffnung hin, daß es der fortgesetzten Organisationsarbeit gelingen wird, endlich einmal damit aufzuräumen.

Möln. Kollege C. Timmer Berlin sprach am 25. Mai in einer gutbesuchten Versammlung im „Volkshaus“ über die Arbeiterpolitik der deutschen Stadtgemeinden. Der reiche Beifall, der dem Redner zuteil wurde, legte davon Zeugnis ab, daß es nicht endlich auch einmal im schwarzen Köln, das „deutsche Rom“ genannt, unter den städtischen Arbeitern zu tagen beginnt. Der nachfolgende Redner, Kollege S. Schäfer, behandelte die Lohnbewegungen in den städtischen Betrieben. Er wies darauf hin, daß im Schoße der Verwaltung endlich Verhandlungen betr. die Lohnverhältnisse gepflogen werden, denn aber durch rühmliche Organisationsarbeit den notwendigen Nachdruck gegeben werden müsse. Eine im Sinne der Ausführungen der beiden Redner gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme. Eine ansehnliche Zahl Neuanmeldungen war das Fazit des Abends.

Mönigsberg i. Pr. Eine Versammlung der Gasanstaltsarbeiter fand Sonntag, nachmittags 2 Uhr, bei Frl. Kröndensstraße, statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Berichterstattung des Kollegen Zeltiger über die Gasarbeiterkonferenz, die vom 1. bis 2. Juni in Mainz tagte. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt führte Zeltiger folgendes aus: Es wurde von sämtlichen Filialen, die in Mainz vertreten waren, auf das entschiedenste verlangt, daß der Achtstundentag eingeführt wird. Tamm soll auch verurteilt werden, die Kleinbäckerei, in denen Gasbetrieb ist, zum Anschluß an den Verband zu bewegen. Es ist dort auch konstatiert worden, daß Mönigsberg gerade die schlechtesten Löhne zahlt, während in anderen Städten bedeutend höhere Löhne gegeben werden. Es wurde auch von allen Seiten vom Streik abgeraten, weil der in städtischen Betrieben ausichtslos sei. Sodann kamen zwei Resolutionen der Gasarbeiter zur Annahme, eine davon soll der Reichstagsfraktion übergeben werden. An der Diskussion beteiligten sich viele Kollegen, die sämtlich vom Streik abrieten und ein leiteres Anschließen an die Organisation empfahlen. Tamm teilte Kollege Zeltiger noch mit, daß Vater ein Wauleiter in Mönigsberg angestellt werden soll. Hierüber entbrann sich eine lebhaft Diskussion. Tamm wurde angeregt, einen stamptonds zu sammeln. Ein Kollege kritisierte streng, daß sich so wenige Kollegen in der Versammlung heben lassen; auch machte er dem Arbeiterausschuss der Gasanstalt den Vorwurf, daß er ganz allein über wichtige Punkte verhandelt, ohne vorher die Arbeiter zu fragen. Tamm kam noch zur Sprache, daß bei einer Vertragsverhöhnung viele abblauen werden, dieses dürfe nicht eintreten, denn, je höher der Beitrag ist, desto leistungsfähiger ist der Verband. Sodann kamen zwei Anträge zur nächsten Gasanstaltsausdehnung zur Annahme. Zelte sie der Ausschuss bei der Direktion nicht durchdrücken, so müßten die Anträge der Stadtverordnetenversammlung übergeben werden. Nachdem Kollege Schwarz zum Schluß nochmals die Anwesenden ermahnt hatte, dem Verbande treu zu bleiben, wurde die Versammlung mit einem Hoch um 1/4 Uhr geschlossen.

Aus den Stadtparlamenten.

Magdeburg. Wie verlautet, ist in nicht öffentlicher Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden, von der Ausschreibung der durch das Ausscheiden des Bürgermeisters Fischer zum 1. Januar n. J. frei werdenden Bürgermeisterstelle abzusehen. Nach diesem Beschluß erscheint es ziemlich sicher, daß der für diese Stelle in Aussicht genommene Stadtrat Melmarus zum Nachfolger des Bürgermeisters Fischer gewählt wird. Das Gehalt der Stelle ist dem Vernehmen nach auf 12 000 M. festgelegt worden.

Offenbach a. M. Der seit 24 Jahren hier amtierende Oberbürgermeister Brink steht vor der Wiedertwahl. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion des Stadtverordnetenkollegiums beschloß, Brink nicht wieder zu wählen. Die Minderheit war für die Abgabe zweier Petten. Die Sozialdemokraten haben 25, die bürgerlichen Parteien 11 Stadtverordnetenmandate. Eine von 1000 Personen besuchte Versammlung sahte nach einem Bericht der „Voss. Ztg.“ auf Antrag des Stadtverordneten Ulrich eine Resolution, die empfiehlt, Brink nicht wieder zu wählen, da er ein Gegner der Sozialdemokratie und kein besonders tüchtiger Verwaltungsbeamter sei. Brink war früher Fabrikant. Er hat 12 000 M. Gehalt und Anspruch auf 8000 M. Pension.

Verbandsteil.

Geschäftsstelle des Verbandsvorstandes:
Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24.

Telephon: Amt IX, 6488.

Zweig-Bureaus:

- | | |
|--|---------------|
| Stuttgart, Holzstraße 16 II | E. Altbater. |
| Leipzig, Wicentstraße 25, Gartenhaus part. | F. Berthold. |
| Berlin-Brandenburg, Winterfeldtstraße 24 | D. Heinze. |
| Bln a. Rh., Severinstraße 53 II | O. Schäfer. |
| Breslau, Burgfeld 5 part. | F. Rehrlein. |
| München, Marienhilfsplatz 33 I | H. Sebald. |
| Dresden, Rigenbergstraße 2 III | H. Preßler. |
| Wannheim, 12. Luerstraße 18 | H. Hedmann. |
| Orts-Bureaus: | |
| Berlin, Alte Jakobstraße 145 part. | E. Dittmer. |
| Hamburg, Spitzer 11 III | H. Schönberg. |
| Dresden, Rigenbergstraße 2 III | J. Rischen. |

Bekanntmachung.

Den Kollegen hierdurch zur Nachricht, daß der Versand des kompletten Geschäftsberichts, also inklusive der Abhandlungen über die Hebung der Lage der städtischen Arbeiter und mit mehreren hierauf bezüglichen Tabellen, nuncmehr im Laufe der nächsten Woche erledigt wird. Die Verabfolgung dieser Geschäftsberichte erfolgt an alle Verbandsmitglieder gratis. Bei solchen Gratis-Verteilungen von Prospektüren ist jedoch in Zukunft zu beachten, daß die Mitglieder mit ihren Beiträgen nicht länger wie acht Wochen im Rückstande sind. Zur Kontrolle über den erhaltenen Geschäftsbericht ist im Mitgliedsbuch, letztes freies Feld im Monat Juni 1906, der Markenstempel einzudrücken. Wir bitten, dem nachzukommen.

Das Protokoll des Verbandstages sowohl wie diejenigen der beiden Konferenzen werden ihres Umfangs halber jedes für sich herausgegeben, und zwar Anfang Juli d. J. Gratis wird dies allerdings nicht geschehen. Eine derartige Belastung kann die Verbandskasse nicht vertragen. Vielleicht engagieren sich hier die Kollegen mit ihren Lokalfassen etwas. Der Preis beträgt beim Verkauf an Mitglieder für das Verbandstags-Protokoll 20 Pf., für die Konferenz-Protokolle je 10 Pf. Wir bitten um sofortige Bestellung durch die Filialleitungen, damit wir die Auflage entsprechend einrichten können. Für die erfolgten Bestellungen übernehmen die Lokalfassen die Garantie der Bezahlung.

Für den Verbands-Vorstand: Albin Mohs.

Quittung der Hauptkasse.

Im Monat Mai gingen folgende Gelder von Beiträgen ein:
Für das I. Quartal 1906: Vant-Bischofshaven 32,77 M., Cassel 1. Rate 105,— M., 2. Rate 2,30 M., Erlangen 43,24 M., Gera 35,73 M., Göttingen 49,95 M., Halle 150,23 M., Hamburg 3. Rate 1794,93 M., Reichenbach i. R. 8,20 M.
Für das II. Quartal 1906: Berlin 1. Rate 1320,— M., Dresden 1. Rate 1000,— M., 2. Rate 360,— M., Eglting 1. Rate 35,— M., Halle 1. Rate 1,13 M., Hamburg 1. Rate 800,— M.
Für den Kampffonds der Gasarbeiter: Breslau 324,50 M., Halle 47,20 M., Hamburg 335,— M., Schweinfurt 10,30 M. Bereits quittiert 2490,20 M. Zusammen 3577,20 M.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der in Gemeinde und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter Angestellten G. Khamann, Verantwortlicher Redakteur: G. Barger, beide Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24. — Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 64

Ferner gingen ein: an Kassen 100,00 M., Abkommensgelder 2,— M., für Inserate Berlin 11 1,50 M., Dresden 26,50 M., Frankfurt a. M. 2,25 M., Götting 1,50 M., durch Bürger 3,40 M.

Von Einzelmitgliedern:

Nr. 2127	1,— M.	Nr. 46809	2,10 M.	Nr. 50495	3,40 M.
" 17480	2,70 "	" 46625	4,10 "	" 50496	3,30 "
" 30102	1,25 "	" 46632	4,— "	" 50497	4,20 "
" 33102	3,— "	" 50117	2,30 "	" 58108	5,— "
" 33148	1,10 "	" 50427	2,50 "	" 58109	3,50 "
" 33154	4,50 "	" 50430	2,70 "	" 58112	3,40 "
" 33918	3,50 "	" 50131	2,70 "	" 58113	4,20 "
" 37604	5,— "	" 50440	3,— "	" 58114	3,70 "
" 37687	1,— "	" 50459	1,— "	" 58115	4,20 "
" 37688	3,10 "	" 50463	1,— "	" 58116	3,40 "
" 38600	2,70 "	" 50179	2,05 "	" 58117	4,20 "
" 39853	2,— "	" 50481	1,— "	" 58118	3,70 "
" 39863	3,— "	" 50488	3,50 "	" 58120	4,20 "
" 39896	3,10 "	" 50192	4,20 "	" 58121	4,20 "
" 42208	3,50 "	" 50193	4,85 "		
" 46608	2,15 "	" 50494	4,85 "		
				Summa	143,05 M.

G. Khamann, Hauptkassierer.

Anzeigen.

Totenliste des Verbandes.

Ferd. Schmidt, Hamburg
† 17. Mai 1906 im Alter von 57 Jahren.

Wilhelm Grefmann, Altona
† 8. Juni 1906 im Alter von 45 Jahren.

August Gerhold, Dresden
† 29. Mai 1906 im Alter von 47 Jahren.

Robert Welde, Dresden
† 9. Juni 1906 im Alter von 54 Jahren.

Wanda Rüdiger, Berlin
† 7. Juni 1906 im Alter von 25 Jahren.

Susau Kiphardt, Berlin
† 12. Juni 1906 im Alter von 54 Jahren.

Sordach, Charlottenburg

† 16. Juni 1906.

Chre ihrem Andenken!

Verband städtischer Arbeiter

... Sektion V ...
Straßenreiner.

Sonntag, den 24. Juni 1906

Grosses Sommer-Fest

in den Saalräumen der „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20

unter Mitwirkung des Gesangsvereins der Buyer (Mitgl. d. A.-S.-V.), der Kofium-Soubrette Fräulein Felicia Bernd, des Humoristen Billy Weik und Mitgliedern des Neuen Tonkünstler-Orchesters. — Der Ueberschuh wird zum Besten noleidender Kollegen verwendet.

Eröffnung 3 Uhr. Eintritt 20 Pfg. Anfang 4 Uhr.

Die Kaffeeküche steht den verehrten Damen von 3 bis 6 Uhr zur Verfügung. (1 Liter 80 Pfg., 1/2 Liter 40 Pfg.)
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pfg. nach.
Garderobe 10 Pfennig.

Alle Kollegen und Kolleginnen der Filiale Groß Berlin sowie Freunde und Genossen sind herzlich willkommen.

Das Komitee. A. A. S. Müller.